69. Jahrgang Nr. 381

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Montag, 15. August 1921

Schluß der Finanzkonferenz.

Nachprüfung durch Frankreich.

Paris, 15. August. (W. T. B.)

Wie „Matin" mitteilt, ist es wahrscheinlich, daß die französische Regierung das technische Abkommen der Finanzkonferenz, dem die französischen Sachverständigen zugestimmt haben, einer Nachprüfung unterziehen werde.

*

Die interalliierte Finanzkommission hat in der letzten Nacht ihre Arbeiten beendet. Es wurde ein Dokument unterzeichnet, dem die Vertreter Frankreichs und Japans unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierungen zugestimmt haben. Dieses Abkommen regelt zunächst die Verteilung der ersten von Deutschland gezahlten Milliarde, die zum Teil zur Begleichung der englischen Besatzungskosten, zum Teil zur Bezahlung der belgischen Priorität bis zu der erforderlichen Höhe dienen soll. Die von Deutschland bis zum 31. August 1922 über Rotterdam und Antwerpen gelieferte Kohle, die bisher zum englischen Exportpreis tarifiert wurde, soll zum deutschen Inlandspreis berechnet werden. Frankreich erzielt dadurch im Augenblick einen Vorteil von 140 Millionen Goldmark durch das Abkommen.

Schließlich haben die Mitglieder der Finanzkonferenz beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in dem Wechselkurs die bedeutenden Schwankungen zu vermeiden, die dadurch hervorgerufen werden können, daß Deutschland Operationen vornehmen muß, um sich die fremden Devisen zu beschaffen, die es an die alliierten Mächte bezahlen muß.

Nach dem „Temps" soll die von der interalliierten Finanzkonferenz angenommene Grundziffer der täglichen Kosten für einen Soldaten der Besatzungsarmee der bisherige Satz für einen französischen Soldaten — ungefähr 16 Francs täglich — sein. Zu dieser Grundziffer kommt ein Zuschlag von zwei Goldmark für einen englischen Soldaten und von drei Goldmark für einen amerikanischen, wegen der Entfernung dieser beiden letzten Armeen von ihren Heimatländern.

Amerikas Friedensverträge.

Eine Erklärung Hardings.

Paris, 14. August.

Die „Chicago Tribune" meldet aus Washington, Präsident Harding habe einigen Senatoren erklärt, daß der Friedensschluß mit Deutschland rasch Gestalt annehme. Wahrscheinlich werde er allerdings vor Dezember nicht im Senat eingebracht werden. Senator Borah soll von dem Präsidenten die Mitteilung erhalten haben, daß der Vertrag sich eng an die Resolution Knox-Porter mit ihren Bestimmungen zur Wahrung der amerikanischen Rechte auf Grund der früheren wirtschaftlichen Abmachungen der Alliierten anschließen werde. Gleichzeitig soll mit der Ausarbeitung der Friedensverträge mit Ungarn und Oesterreich begonnen worden sein. Die formelle Friedensproklamation werde vermutlich bis zur völligen Fertigstellung des deutschen, des ungarischen und des österreichischen Friedensvertrages aufgeschoben werden. Als Grundlage des Friedens mit Oesterreich werde der Friedensvertrag von St. Germain, als Grundlage des Friedens mit Ungarn der von Trianon dienen.

Deutschland muß in den Völkerbund.

Eine englische Stimme.

London, 15. August. (W. T. B.)

„Observer" schreibt, solange Deutschland aus dem Völkerbunde ausgeschlossen sei, sei die geistige Kraft des Bundes gleich Null.

Warschaus Besorgnisse.

Eine Note an die Mächte.

Paris, 14. August. (W. T. B.)

Nach einer Havas-Meldung aus Warschau hat der Ministerrat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, an die alliierten Mächte eine Note zu richten, in der erklärt wird, daß die Vertagung der Lösung der oberschlesischen Frage Polen einen nicht wieder gut zu machenden Nachteil verursache. Die Verweisung des Problems an den Völkerbundrat verlängere in unnötiger Weise den Zustand der Ungewißheit, in der sich gegenwärtig die oberschlesische Bevölkerung befindet, denn er vertage die endgültige Einrichtung einer inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit.

Bonomi glättet die Wellen.

Eine Unterredung.

Paris, 15. August. (W. T. B.)

Bonomi erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Parisien", es wäre ein großer Irrtum, die Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundsrat als Niederlage Frankreichs anzusehen. In dieser Frage gebe es weder Sieger noch Besiegte. Man dürfe nicht sagen, daß die Ansicht des Völkerbundes im voraus im britischen Sinne ausfallen werde. Die italienische Regierung werde ihrem Vertreter im Völkerbundsrat die größte Freiheit lassen.

Bischofsjubiläum in Trier. Gestern begann die Feier des vierzigjährigen Jubiläums des Bischofs Michael Felix Korum von Trier. Im Laufe des Vormittags erschienen die Vertreter der Behörden im Bischofshof zur Gratulation. Am Nachmittag versammelten sich die aus allen Teilen der Diözese zusammengeströmten Teilnehmer der Feier zu einem großen Festzug durch die Straßen der Stadt. Sobald der Bischofshof erreicht war, in dem der Bischof auf einer Tribüne Platz genommen hatte, stimmte der Festzug unter dem Geläut der gesamten Kirchenglocken den ambrosianischen Lobgesang an. Im Zuge befanden sich 30—40 000 Männer. Die Feier schloß am Abend mit einer Serenade der vereinigten Trierer Sänger.

Verständigung in der Mannheimer Metallindustrie. Zur Lohnbewegung in der Mannheimer Metallindustrie erfährt W. T. B., daß die Verhandlungen zur Beilegung und zum Abschluß eines neuen Tarifvertrags geführt haben.

Ernster Stand der Irlandfrage.

Der Briefwechsel zwischen Lloyd George und De Valera. — De Valera fordert absolute, auch militärische Unabhängigkeit. — Kommt die Einigung?

London, 15. August.

In den Friedensverhandlungen zwischen England und Irland ist, wie die Blätter melden, nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regierung durch De Valera eine sehr ernste Lage entstanden. Dem „Daily Chronicle" zufolge wird in den politischen Kreisen tiefe Enttäuschung über diese Wendung zum Ausdruck gebracht. Aller Augen seien jetzt auf die morgen stattfindende Sitzung des Sinnfeiner Parlamentes gerichtet, die für die unmittelbare Zukunft entscheidend sein werde. Die Tür für eine Regelung stehe noch offen. „Daily Herald" nimmt an, daß das Sinnfeinerparlament beschließen wird, das Angebot der britischen Regierung dem irischen Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.

*

Gestern abend wurde in London der zwischen Lloyd George und De Valera gepflogene Briefwechsel veröffentlicht. Die englische Regierung gibt zunächst den Brief Lloyd Georges vom 20. Juli bekannt, in dem Lloyd George die Irländer einladet, ihren freien Platz in der großen Vereinigung freier Völker einzunehmen, die sich um das Zepter des englischen Königs scharen. **Irland wird das vollkommene Statut der Dominions mit allen Rechten angeboten:** Steuerfreiheit, Gesetzgebungsfreiheit, freie Wahl der Gerichte und Richter, das Recht der Rekrutierung zur inneren Verteidigung ihres Landes, Kontrolle ihrer Gendarmerie, Polizei, Post, Telegraphie, ihres Ackerbaus, des öffentlichen Unterrichts usw. Aber die englische Regierung kann alle diese Zugeständnisse nur unter folgenden Vorbehalten machen: der königlichen Marine muß das Recht zugestanden werden, die Meere, die England umgeben, zu kontrollieren. Sie muß alle Erleichterungen erhalten, irische Häfen zu betreten und an der irischen Küste zu manövrieren. Irland muß, da sich nunmehr in der Welt die Tendenz geltend macht, abrüsten, sich auch bei der Rekrutierung seiner Armee gewisse Beschränkungen auferlegen, damit diese in einem bestimmten Verhältnis zur englischen stehe. Großbritannien behält sich das Recht vor, in Irland Luftfahrtverbindungen anzulegen und alle Maßnahmen zu treffen, um auch in Irland die Verteidigung Englands in dieser Hinsicht sicherzustellen. **England hofft, daß Irland in weitestgehendem Maße zur Bildung der englischen Armee beitragen werde.** Das irische Volk wird ferner vollkommene finanzielle Freiheit haben. Damit aber in Zukunft zwischen England und Irland keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten entstehen, verpflichten sich beide, keine Schutzzölle einzuführen. Das irische Volk übernimmt ferner einen Teil der englischen Staatsschulden und wird auch an der Zahlung der Pensionen für die Kriegsbeschädigten teilnehmen. Lloyd George erklärt, daß diese Vorschläge in der Form eines rechtsgültigen Vertrages von dem englischen und irischen Parlament ratifiziert werden sollen. Er fordert endlich, daß alle bestehenden Vorrechte des Parlaments von Ulster und die Verfassung von Ulster von den Sinnfeinern anerkannt werden sollen.

In seinem Briefe vom 10. August erklärt De Valera, daß er nach Befragen seiner Kollegen nicht in der Lage sei, die von England gemachten Vorschläge anzunehmen. Irland habe das Recht, den Weg zu wählen, der ihm passe. Es werde um seinen Preis auf irgendeines seiner Rechte verzichten. Das irische Volk erklärt, daß seine vollkommene Unabhängigkeit verwirklicht werden müsse. Dieser Anspruch gründe sich auf ein moralisches Recht. Irgendeine Bedrohung sei damit für niemand verbunden. Die freundschaftliche, aber vollkommene Unabhängigkeit sei das einzige Mittel, um freundschaftliche Beziehungen zwischen Irland und England sicherzustellen. Irland werde niemals die Basis für einen Angriff gegen England bilden. Sollte irgendeine Befürchtung in dieser Hinsicht bestehen, so erkläre sich Irland bereit, vollgültige Garantien zu geben, soweit sich diese mit der irischen Souveränität vereinen lassen. Lloyd George täusche sich, wenn er annehme, daß die in seinem letzten Briefe versprochene Verfassung der Dominions sich auch auf Irland anwenden lasse. Die Dominions unterscheiden sich von Irland durch die größere Entfernung von ihrem Mutterlande. **Irlands Lage sei also nicht der der Dominions gleich, und die Vorschläge der englischen Regierung könnten zur Folge haben, daß Irland England im Kriegsfalle unterstützen müsse und somit im Zustande der Abhängigkeit von England verbliebe.** Die Frage der teilweisen Abrüstung und der Handelsverträge will De Valera nicht ablehnend beantworten. Hierin seien die Sinnfeiner bereit, jeden gemachten Vorschlag zu erörtern, der mit der Unabhängigkeit Irlands vereinbar sei. Auch eine Teilnahme Irlands an der Bezahlung der englischen Schuld lehnt De Valera nicht ab, sondern fordert hierüber einen Schiedsspruch. Was die Lage von Ulster anbetrifft, so klärte er, daß nur das irische Volk ein Recht dieses Problem zu lösen. Sinnfein könne nicht zulassen, daß englische Regierung ein Land verstümmle, um den Interessen irgendeiner Partei dienlich zu sein. De Valera erklärt zum Schluß, daß die Sinnfeiner bereit seien, die Frage von Ulster dem Schiedsspruch einer auswärtigen Macht zu unterbreiten.

Auf diesen Brief erteilte die englische Regierung folgende Antwort, die im vorgestrigen Kabinettsrat verfaßt worden war: **Die von Lloyd George in seinem Briefe gemachten Vorschläge blieben zwar weiter aufrechterhalten, doch erklärt Lloyd George, daß Aenderungen in Einzelheiten wohl möglich seien.** Doch könne die englische Regierung in der irischen Angelegenheit einem Kompromiß in der Frage der Rechte der Krone über Irland nicht zustimmen. Irgendeine Forderung, die darauf hinziele, Irland seiner Treue gegen die Krone zu entbinden, könnte nicht angenommen werden. England müsse es auch unbedingt ablehnen, irgendeine Frage, die nur England und Irland betreffe, dem Schiedsspruch einer auswärtigen Macht zu unterbreiten. Auch namentlich in der Frage von Ulster könne ein solcher nicht zugestanden werden. Lloyd George gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Sinnfeiner die Prinzipien einer freundschaftlichen Regelung auf den vorgeschlagenen Grundlagen annehmen mögen. Er erklärt sich bereit, die Einzelheiten der Anwendung derselben weiter zu erörtern, sobald eine prinzipielle Annahme seiner Vorschläge erfolgt sein wird.

Die Schlußsitzung des Obersten Rates.

Die Debatte über die Sanktionen. — Die Rede Curzons. — Die Note des Obersten Rates über Oberschlesien. — Ishis Mission.

Paris, 14. August. (W. T. B.)

Ueber die letzte Nachmittagssitzung des Obersten Rates verbreitet Havas folgende Mitteilung:

Die Sitzung war durch die Besprechung der Besatzungskosten und der Sanktionen ausgefüllt. Die finanziellen Sachverständigen haben die Besatzungskosten als zu hoch erachtet. Lord Curzon erklärte, daß dieser Umstand der zu hohen Kopfstärke der Besatzungstruppen zuzuschreiben sei. Der Oberste Rat war jedoch insgesamt der Ansicht, daß es sich nicht um eine Frage der Mannschaftsstärke handle, sondern um den zu hohen Kostensatz für jeden einzelnen Soldaten. Der italienische Finanzminister Soleri wies dann darauf hin, daß die Zivilkommissionen noch sehr kostspielig seien. Briand und Jayar schlossen sich dieser Kritik an. Der Oberste Rat beschloß darauf, sowohl die Frage der Besatzungskosten pro Kopf als auch die der Zivilkommissionen durch einen Ausschuß untersuchen zu lassen, der bis zum 1. November bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

Die Besprechungen wandten sich dann den Sanktionen zu. Loucheur gab eine Darstellung der Angelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 9. März dieses Jahres, nach der Voraussetzung für die Aufhebung der in Rede stehenden Zwangsmaßnahmen die Ausführung der deutschen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen und der Bestrafung der Kriegsbeschuldigten sei. Loucheur wies darauf hin, daß, was die Entwaffnung anlange, Verstöße vorgekommen seien, darunter namentlich die Rekrutierung in Oberschlesien. Loucheur erinnerte auch an die parteiischen Urteile des Reichsgerichts in Leipzig. In bezug auf die Reparationen machte er auf gewisse Schwierigkeiten aufmerksam, die Deutschland bei der vollständigen Ausführung des Friedensvertrages gemacht habe. Indessen erkannte er an, daß ein Anfang der Ausführung gemacht sei und daß die deutsche Regierung den guten Willen zu haben scheine, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Er schlug deshalb die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen vor unter der Bedingung: 1. daß die am 31. August fällige Verpflichtung, eine Milliarde Goldmark zu zahlen, ausgeführt wird, 2. daß die deutsche Regierung sich mit den zwischen ihr und der französischen Regierung besprochenen Maßnahmen einverstanden erklärt, durch die der systematische Verweigerung der Einfuhrerlaubnis für alle Waren der Alliierten, die nach dem besetzten Gebiet gehen sollen, ein Ende gemacht werden soll. Die militärischen Sanktionen dagegen, schloß Loucheur, müssen aufrecht erhalten werden.

In seiner Antwort stellte Lord Curzon die Sanktione von einer anderen Seite dar.

Die Sanktionen müßten nach ihm in vollem Umfang aufgehoben werden, da Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen hat.

Curzon verscherte, daß die Haltung Deutschlands hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen, und, da die Aburteilung tatsächlich stattgefunden hat, auch hinsichtlich der Kriegsbeschuldigten, korrekt gewesen sei. Die Sanktionen, fuhr er fort, seien eine kostspielige Angelegenheit. Sie reizten das deutsche Nationalgefühl. Schließlich müsse das Kabinett Wirth unterstützt werden. Endlich verlangte Curzon die schrittweise Zurückziehung der militärischen Sanktionen.

Darauf ergriff Briand das Wort. Er setzte auseinander, daß die französische Regierung keineswegs die militärische Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg für unbestimmte Zeit aufrecht zu erhalten wünsche. Es sei im Gegenteil ihr Wunsch, sobald wie möglich die Besatzungstruppen zurückzuziehen. Zur Rechtfertigung des augenblicklichen Standpunktes der französischen Regierung erinnerte Briand daran, unter welchen Umständen die Sanktionen beschlossen wurden. Es sei notwendig gewesen, die Stärke zu demonstrieren, um in der Frage der Reparationen die Ausführung der Bedingungen zu erlangen. Die Wirkung sei eingetreten. Das Kabinett sei zurückgetreten und durch Dr. Wirth ersetzt worden, der sich bemühe, die Verpflichtungen seiner Regierung ehrlich zu erfüllen. Es bleibe eine große Gefahr, daß Kabinett Wirth könne zugunsten eines reaktionären Kabinetts gestürzt werden. Dann würde die verfrühte Aufhebung der Sanktionen zu einer Spannung führen.

Die französische Regierung schlage indessen, da die deutsche Regierung sich bemüht habe, ihre Mai-Verpflichtungen zu halten, selbst die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanctionen unter den von Loucheur angeführten Bedingungen vor.

Was die militärischen Sanktionen betreffe, so sei die Stunde für ihre Aufhebung noch nicht gekommen.

Nach dieser Rede beschloß der Oberste Rat im Sinne Loucheurs. Bezüglich der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommis-